

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Probandschrift: Tagesblatt Riesner,  
Gemein Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Verlagskonto: Dresden 1539  
Poststraße Riesner Nr. 52.

Nr. 122.

Dienstag, 29. Mai 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Mai 4800.— Mark einschl. Dringelohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bemittelte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesner.  
Geschäftsstelle: Göttestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesner; für Angelegenheiten: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Auf Blatt 485 des Handelsregisters, die Firma Wahlenwerke Oelsch, G. m. b. H. in Oelsch betr., ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer Otto Müller ist ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist der Bankdirektor Georg Thomas in Riesner bestellt. Amtsgericht Riesner, den 28. Mai 1923.

Im Handelsregister ist eingetragen worden: auf Blatt 644 Firma Helene Ebner in Riesner und als Inhaberin Hulda Helene verehel. Ebner geb. Müller in Riesner. Geschäftslokal: Bettinerstraße 21, Geschäftszeit: Handel mit Tabaken, Zigarren, Zigaretten; auf Blatt 645 Firma Johanna Ebner in Riesner und als Inhaberin Olga Johanna Ebner

in Riesner. Geschäftslokal: Kiosk in der Bahnhofsstraße, Geschäftszeit: Handel mit Tabaken, Zigarren und Zigaretten. Amtsgericht Riesner, den 24. Mai 1923.

Wir geben hiermit bekannt, daß der neu aufgestellte und durch das Bezirksamt Riesner genehmigte XII. Nachtrag zur Ortschulordnung für die Stadt Riesner vom 30. Mai 1923 ab während der gewöhnlichen Geschäftsstunden im Rathaus, Schulamt, Zimmer Nr. 9, zur Einsichtnahme 8 Tage lang ausliegt. Der Rat der Stadt Riesner, am 28. Mai 1923.

## Pariser Konferenzen.

Die geplante Zusammenkunft der belgischen mit den französischen Ministern in Paris mußte verschoben werden, weil Jaspars operiert werden mußte und Thomsis wegen der Kammerverhandlungen in Brüssel unabschüssig ist. Man weiß bereits seit einiger Zeit, daß der belgische König Bedenken trägt, allein mit den Franzosen noch länger das übrige Europa in die Schranken zu fordern, und daß er bemüht ist, eine Verständigung zwischen Frankreich und England anzubahnen. Diefem Ziel soll wohl auch der geheimnisvolle neue belgische Reparationsplan dienen, den man vorläufig nicht zu veröffentlichen wagt. Je mehr freilich die Belgier sich bemühen, von dem französischen Schicksal loszukommen, desto fester hält Poincaré die Leine, an der sie hängen. Da die gegenwärtigen belgischen Minister nicht nach Paris kommen wollen, hat Poincaré sich mit zwei ehemaligen Ministern begnügt, und auf einem gemeinschaftlichen Festessen sind die üblichen Reden gehalten worden, durch die die Franzosen der belgischen Eigenliebe ständig schmeicheln, um ihren Basissen desto fester an sich zu fetten. Poincaré hat auf diesem Festessen wieder den bekannten Vergleich gezogen zwischen dem zerstörten Belgien und dem zerstörten Frankreich einerseits und dem unverletzt gebliebenen Deutschland andererseits, das nun nicht einmal den angegriffenen Schaden zahlen wolle. Man kennt diesen Text und diese Melodie heute wahrhaftig in der ganzen Welt zur Genüge, und man kennt auch den Verfasser Poincaré, der es sogar fertig bringt, über die von ihm selbst hervorgerufenen Kommunitätenunruhen im Ruhrgebiet seine Senugung zu äußern, weil sie geeignet sind, Deutschland noch mehr zu schädigen als es die französischen Raubzüge zu tun vermögen. Man merkt der Rede Poincarés trotzdem die Ursache an, die er angesichts dieser Entwicklung der Dinge an Rhein und Ruhr empfindet. Man merkt ihr auch an, wie schnell er darauf wartet, daß der deutsche Widerstand endlich zusammenbricht und die deutsche Regierung wieder einmal in Paris um Gnade winkeln möge.

Wenn der den Franzosen so verhasste passive Widerstand nicht wäre, würde es in Paris überhaupt keine Konferenzen geben. Dann würde Poincaré weder Thomsis nach Paris einladen brauchen, noch den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, der Mitte Juni ebenfalls dort erwartet wird, um mit ihm Besprechungen über die Reparationsfrage abzuhalten. Die Fäufung diplomatischer Konferenzen ist immer ein Beweis, daß man politische Sorgen hat. Man ist in Paris nicht sicher, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet, von dem Herr Poincaré sehr wohl weiß, daß er nicht von der Reichsregierung künstlich hervorgerufen ist, sondern von dem einmütigen Willen der Bevölkerung des verregalitierten Gebietes getragen wird, nicht etwa noch Monate hindurch ungeboren andauert. Auf der anderen Seite merkt Poincaré sehr wohl, daß die Klust, die Frankreich heute von Italien und sogar von Belgien trennt, sich mehr und mehr vertieft und er will durch die Veranstaltung der Konferenzen diese Klust zu überbrücken versuchen. Aber gehäufte Konferenzen haben die inneren Gegensätze im Lager der Entente noch niemals auf die Dauer zu beseitigen vermocht. Sie beweisen vielmehr jedesmal, daß diese Gegensätze sich in bedenklicher Weise verschärfen haben. Wir haben Grund zu der Vermutung, daß dem auch diesmal so ist, und daß die Pariser Zusammenkünfte nur den Rauch barten, der der Welt anzelt, daß es innerhalb der Entente wieder einmal brennt.

## Die Konferenzen beim Reichskanzler

bauerten auch im Laufe des gestrigen Tages an. Der Reichskanzler empfing nochmals die Führer der Parteien der Arbeitsgemeinschaft, die ihn von dem Ergebnis ihrer am Vormittag stattgefundenen Beratung unterrichteten. Nach dem „Tageblatt“ empfing der Reichskanzler auch Vertreter der Landwirtschaft und der Banken im Zusammenhang mit den Garantiedorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Zur Frage der Garantien für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt dem von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkte der Heranziehung der Wirtschaft zur dinglichen Sicherung der deutschen Leistungen Rechnung, indem es sich grundsätzlich auf den Boden dieser Auffassung stellt. Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die Darlegungen des Schreibens über die Vermehrung und Verteilung der von der Wirtschaft auszubringenden Leistungen bei weiteren Schritten der Reichsregierung Verwendung finden können. Sie betrachtet es jedoch als ihre Aufgabe, von sich aus Maß und Verteilung der Leistungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbstätigen führend zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung aufgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die gesetzlichen Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden.

Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt: Die Parteiführer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigten sich gestern bei Besprechung der politischen Lage mit dem

an den Reichskanzler. In den von der Industrie angebotenen Leistungen sehen die Parteiführer ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft in Erkenntnis der Lage bereit ist, für die Freiheit des Vaterlandes auch die schwersten Opfer zu bringen. Die für die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gemachten Voraussetzungen werden bei der Verwirklichung der angebotenen Garantien dadurch notwendigerweise zum Gegenstand allgemeiner politischer Verhandlungen werden müssen, und zwar auf Grundlage des bereits in der Note vom 14. November 1922 niedergelegten Regierungsprogramms.

Nach dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ sind Beratungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Landwirtschaft und des mobilen Kapital in Aussicht genommen. Heute tagt der Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vorstand des Reichslandbundes.

## Zu den Dresdner Steuererhebungsdemonstrationen.

Blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten.

Die Erwerbslosen demonstrieren gestern nachmittags stellenweise einen besorgnis erregenden Charakter an. Am Wiener Platz und am Pirnaischen Platz kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Waffe Gebrauch machen mußte. Einige Beamte trugen Verletzungen davon. Vier Demonstranten wurden festgenommen und der Staatsanwaltshaft vorgeführt. Auch der Schlachtviehhof im Großen Gehege wurde von einigen hundert Demonstranten aufgesucht, die die Ausfuhr von Vieh und Fleisch nach der Stadt verhinderten.

Gestern abend gegen 7 Uhr kam es in der Nähe des Hauptbahnhofes zu einem Zusammenstoß zwischen protestantischen Hundertkämpfern und der Polizei, wobei es auf beiden Seiten einige Verletzte gab. Die Hundertkämpfer zogen dann in militärischer Ordnung und im Gleichschritt nach dem in der Nähe des Pirnaischen Platzes gelegenen Polizeipräsidium. Die Kommunisten, zum Teil mit biden, angeordneten Anstalten bewaffnet, umlagerten das Gebäude. Bei dem dann erfolgenden Zusammenstoß fielen mehrere Schüsse, doch hat die Schutzmannschaft nach einer beim Polizeipräsidium eingeholten Auskunft infolge des erteilten Schießverbotes von der Schusswaffe keinen Gebrauch gemacht. Auch hier ging sie lebhaft mit den Kommunisten und der linken Waffe vor. Zahlreiche Verletzte, darunter auch Schutzleute, wurden bisher festgesetzt. Ob sich das Gericht, daß drei Zivilisten getötet worden seien, bestätigen, konnte noch nicht ermittelt werden. Gegen 11 Uhr wurde ein Waffen- und Munitionsladen in der Bettinerstraße von jugendlichen Demonstranten geplündert, die sich schnell mit ihrer Beute in den dunklen Seitengassen in Sicherheit brachten. Die Demonstranten hatten aus Berlin erhebliche Verhaftungen erhalten, die mit den Nachträgen Dresden wieder vertreiben. Von der Regierung soll nach in der Menge geführten Versprüchen die völlige Zurückziehung der Eisen und Uebertragung des Schusses der Stadt an die Hundertkämpfer gefordert werden. Einzelheiten vom Polizeipräsidium zu erhalten, war infolge der Zurückhaltung dieser Behörde nicht möglich.

Wegen der durch die Ereignisse der letzten Tage schwer gefährdeten Lebensmittelversorgung trat der Rat mittags zu einer Sonderberatung zusammen. Versuche des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten, eine Abordnung der Erwerbslosen von der Ausschüttung ihres Vorhabens zu überzeugen, zwangsweise eine Preisentwertung herbeizuführen, waren fehl geschlagen. Der Rat beschloß, der wirtschaftlichen Notlage durch sofortige Bereitstellung von Unterstützungsmitteln Rechnung zu tragen und bewilligte ein Verrechnungsgeld von 500 Millionen Mark in der Erwartung, daß der Betrag durch Sammlung in den Kreisen des Handels, der Industrie und der Banken ganz oder teilweise gedeckt wird, sodas sich bei etwa 50000 Unterstützungsberechtigten einmalige Unterstützungsbeträge von 10000 Mark je Kopf ergeben. Weiter soll die Staatsregierung ersucht werden, bei der Reichsregierung unverzüglich für ausreichende Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose einzutreten.

Die SPD, KPD, die Gewerkschaften und der Erwerbslosenrat traten mittags ebenfalls im Landtage zusammen, um über die augenblickliche Lage zu beraten. Es wurde ein von den genannten Verbänden gemeinsam unterzeichneten Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Dresdens beschlossen, in dem gegen eine allgemeine Arbeitsniederlegung Stellung genommen wird. Der Aufruf mahnt ebenso wie die Bekanntmachung des Rates und des Polizeipräsidiums zur Ruhe und Besonnenheit, um jede Störung der Lebensmittelversorgung zu vermeiden.

Die Besprechungen im Rathause wurden am Montag fortgesetzt und das Polizeipräsidium hat darauf folgende Bekanntmachung erlassen: Die neuerlich erfolgte Steigerung der Lebensmittelpreise hat in Verbraucherkreisen starke Erregung verursacht. Daß die fortschreitende Entwertung der Mark, namentlich bei den von ausländischen Rohstoffen abhängigen Waren, nicht ohne jede Nachwirkung auch auf die Preisbildung bleiben kann, leuchtet ein, ebenso, daß der örtliche Handel von den Lieferanten abhängig ist und daß eine gewalttätige örtliche Preisberabsetzung in kurzer Zeit

die unentbehrliche Zufuhr unterbinden und in erster Linie die Minderbemittelten schädigen würde. Die Organisationen des Lebensmittelhandels haben jedoch ansehnlich, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß jede durch die Verhältnisse nicht unbedingt gebotene Preissteigerung unterbleibt. Die Preisprüfungsstelle und ihre Ausschüsse, sowie die zur Verfolgung des Wuchers berufenen Stellen werden mit Energie jeder übertriebenen Preisforderung entgegenzutreten. Zur wirksameren Bekämpfung von Wucher wird die Regierung um Errichtung von Marktstandgerichten ersucht. Für Minderbemittelte werden namentlich mit Hilfe des Lebensmittel- und sonstigen Handels Gelder zum verbilligten Erwerb zur Verfügung gestellt werden. Das Nähere wird nach Vereinbarung mit den beteiligten Kreisen bekannt gemacht. In den letzten Tagen sind zahlreiche Eingriffe in den Geschäftsverkehr unternommen worden. Auch ist der Gedanke eines Käuferstreiks aufgetaucht, der aber das Gegenteil der Wünsche erreichen würde. Es wird dringend ersucht, die Ruhe zu bewahren und jede Störung des Erwerbslebens zu vermeiden, da sie letzten Endes nur die Lebensmittelversorgung gefährden. Die Ordnungspolizei wird allen derartigen Störungen mit Aufgebote ihrer gesamten Kräfte nachdrücklich entgegenzutreten.

## Weitere blutige Zusammenstöße.

Die Erwerbslosen und Kommunisten hielten am Sonntag vormittag eine Versammlung auf dem Hindenburgwall ab, die von den Franzosen erlaubt war. Dabei kam es gegen Mittag in Oberblik zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten beim Erwerbslosen und der Polizei. Die Streitenden verletzten die Arbeiter aus den Maschinenfabriken herauszulassen. Die Polizei schützte die Arbeitswilligen und ging mit der Waffe gegen die Demonstranten vor. Dabei wurde einer von vielen durch einen Kopfschuß getötet. Der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen und die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Der Nachmittag verlief ohne Störung. Es steht noch nicht fest, ob auswärtige Kommunisten nach Düsseldorf gekommen sind. Die Polizei hat Anweisung erhalten, gegen jedes Auftreten von Hundertkämpfern in geschlossenen Zügen vorzugehen.

## Die Lage in Dortmund unverändert.

Die Lage ist seit Sonnabend abend unverändert. Auf der Zeche Tremontia sind 350 Mann der etwa 2000 Mann betragenden Belegschaft eingeschlossen.

## Allgemeine Arbeitsniederlegung in Gelsenkirchen.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Gelsenkirchen war gestern nachmittag die Arbeitsniederlegung allgemein. Alle Bergleute feierten. Die Schachtanlagen wurden mit Gewalt stillgelegt. Auch in der Umgebung von Gelsenkirchen streikten die Bergleute.

## Die Folgen des Milliardenraubes.

Die Kassen der hiesigen Banken sind geschlossen, da infolge der Wegnahme der Geldbestände der Reichsbank flüssiges Geld nicht vorhanden ist. In der Stadt bereiten sich wieder Plünderungen vor. Die Franzosen sind jetzt damit beschäftigt, die bei der hiesigen Reichsbank weggenommenen Gelder auf Lastkraftwagen wegzufahren.

Oberregierungsrat Lutterbeck ins Gefängnis gebracht. Der Vertreter des Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Lutterbeck ist von den Franzosen in seiner Wohnung in Düsseldorf verhaftet und in das Gefängnis gebracht worden.

## Die Besetzung der badischen Anilinfabriken wird aufgehoben.

Nachdem die Besetzung der Süchler Farbwerke aufgehoben worden ist, rechnet man damit, daß auch in den nächsten Tagen die Besetzung der badischen Anilinfabriken aufgehoben werden wird. Tatsächlich sind die französischen und elsässischen Arbeiter, die die Franzosen zur Abfederung der Farben angestellt hatten, bereits abgelohnt worden. Auch die Posten vor den Farblagerhäusern sind wieder besetzt worden.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Verhandlungen über Erhöhung der Gehälter und Löhne am 4. Juni. Die Führer der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches wurden gestern im Reichsfinanzministerium unter Hinweis auf die erheblichen Preissteigerungen in den wichtigsten Bedarfsgegenständen wegen einer sofortigen Erhöhung der Gehälter und Löhne vorkellia. Das Reichsfinanzministerium, das bereits eine Prüfung der Lage vorgenommen hatte, erklärte seine Bereitwilligkeit, am 4. Juni in neue Verhandlungen einzutreten. Auf beiden Seiten beruht die Übereinstimmung, daß die Verhandlungen schnell zum Abschluß gebracht und alle Maßnahmen ergriffen werden, um die erhöhten Bezüge möglichst rasch in Wirklichkeit treten zu lassen.

Lohnverhandlungen im Braubau. Ueber die Lohnregelung im Stein- und Braunkohlenbergbau für den Monat Juni sind die Verbände der Arbeitgeber und Arbeit-



nehmer am 28. 5. im Reichsarbeitsministerium zu Verhandlungen anwesend. Zunächst ist für den Ruhrbereich eine Verlehnung aufzustellen, monach die Röhren einschließlich Soziallohn um durchschnittlich 10000 Mark, das sind etwa 50 Prozent je Schicht, erhöht werden. Bei dieser Lohnsteigerung ist die in der zweiten Hälfte Mai eingetretene außerordentliche Teuerung, die bei der Lohnregelung für andere Berufe bereits ausgeglichen worden ist, sowie die bevorstehende Erhöhung des Preispreises und der Eisenbahntarife mit berücksichtigt worden. Für die anderen Bergbaugruben sind die Verhandlungen noch im Gange.

**Kommunisten-Unruhen in Südböhmen.** Anlässlich des Divisionsausmarsches der 43. Reserve-Infanteriedivision auf dem Buresfeld kam es am Sonntag zu Unruhen. Kommunistische Demonstranten, die das Buresfeld betreten wollten, wurden von der Schutzpolizei zurückgedrängt. Als später Teilnehmer des Divisionstages von der Einweihung eines Ehrenmals zum Buresfeld zurückkamen, durchbrachen Kommunisten die Vorkette. Die Beamten gingen mit Gummiknüppeln vor. Nach Verhaftung eines Unruhestifters suchte man, die Volkswache zu stürmen. Mehrere Personen erlitten Verletzungen.

**Kommt die Ruhrfrage vor den Völkerbund?** „Newport Herald“ erzählt aus London über die Beteiligung Lord Robert Cecil an der englischen Regierung: Wesentlich wird hier die Vermutung ausgedrückt, dass Lord Robert Cecil nicht nur mit der Führung der Geschäfte des Völkerbundes vom englischen Standpunkte aus betraut ist, sondern dass er geradezu den Charakter eines Völkerbundministers erhält. Anlässlich der von Lord Robert Cecil im Unterhause angestellten Behauptung, dass der Ruhrkonflikt dem Völkerbund überwiesen werden solle, glaubt man, dass er mit den verschiedenen fremden Ministern Abmachungen getroffen hat, bevor er sich bereit erklärte, in das Kabinett einzutreten.

**Braunschweigischer Protest gegen die Ruhrfrage.** In einer Versammlung protestierte am Sonntag die braunschweigische Bevölkerung gegen die Ruhrfrage. Drei Vertreter aus den besetzten Gebieten, Verbohm-Olsen, Schönbohm-Trier und Mettmann-Honnest, schilderten die Gefahren und die Not ihrer Landsleute. Einmütig wurde dann beschlossen, folgendes Telegramm an den Reichskanzler zu senden: „Sämtliche heute in Braunschweig versammelten Ruhrkriegsorganisationen protestieren energisch gegen die französische Schandurteile und wollen, vertrauensvoll auf die Reichsregierung, weiterhin jedes Opfer bringen zur Behebung der deutschen Not.“

**Für unbemittelte deutsche Studenten.** Die durch das Internationale Komitee dänischer Studenten und des dänischen Christlichen Studentenverbandes in Kopenhagen ins Leben gerufene „Studentenhilfe“ beschäftigt, ähnlich wie schon im Vorjahre, unbemittelte Studenten aus Deutschland und Deutschösterreich einen Erholungsurlaub in Dänemark zu verschaffen. Diese Erholungsreisen, für die die dänische Staatsbahnverwaltung freie Beförderung der Gäste auf dänischem Gebiet in Aussicht stellte, und für die seitens des dänischen Außenministeriums freie Einreiseerlaubnis ausgestellt werden soll, werden in Deutschland durch Herrn Zimmermann, Auslandsamt der deutschen Studentenschaft, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße, vermittelt.

**Der thüringische Polizeibeamtenverband aus dem Deutschen Beamtenbunde ausgetreten.** Dem Vorwärts zufolge hat der thüringische Polizeibeamtenverband auf seiner am 26. und 27. Mai in Weimar stattgefundenen Verbandstagung mit zweidrittel Mehrheit den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbunde und den sofortigen Anschluss an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund beschlossen. Eine weitere Entscheidung stimmte der von dem thüringischen Innenminister geplanten Verstaatlichung der thüringischen Polizei grundsätzlich zu.

**Die Wiener Sänger nach Bremen weitergereist.** Der Deutsche Volksgefangenenverein Wien und Umgebung hat gestern vormittag von Berlin die Weiterreise nach Bremen angetreten. Zum Abschied hatten sich u. a. der österreichische Botschafter Dr. Nibel, Reichstagspräsident Lobe und eine gewaltige Menge von alten und neuen Freunden eingestellt. Nachdem die Wiener Gäste noch einige wundervolle Volkslieder zum Vortrag gebracht hatten, setzte sich der Zug langsam in Bewegung. Mitglieder des Berliner Sängerbundes intonierten das „Gruß Gott mit bestem Klang“. Mit Hüten und Tüchern winkte man sich zu und die Dampfrufe verkündeten erst, als der letzte Wagen den Bahnhof verlassen hatte.

**Die Deutschen in Serbien.** Nach fünfjähriger teilweise sehr lebhafter Verhandlung nahm die Stupschina den Bericht des Verificationsausschusses in der von der Regierungsmajorität verfassten Form an. Der deutsche Abg. Kraft legte namens der deutschen Parteien in einer zweistündigen, wiederholt von großem Beifall begrühten Rede dar, dass die Deutschen im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen dem Staate loyal ergeben seien und alle Parteien unterstützen werden, die auf die Konsolidierung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Königreiche hinarbeiten werden. — In einer weiteren Sitzung erfolgte die Ackerleistung der Abgeordneten, deren Mandate verifiziert wurden, sowie die Wahl des Kandidaten Lubo Jovanovitch, bisherigen Kultusministers, zum Präsidenten der Stupschina.

**Italien.** Idea Nazionale veröffentlicht zwei Artikel gegen die französische Politik. Im ersten Artikel warnt Cantalupo davor, den beruhigenden Zusicherungen Bolincars zu trauen und weist auf die Schrift „Frieden durch die Ruhr“ hin, aus der Frankreichs Vändergier sowie seine Absicht, durch die Ruhrbesetzung das Rheinland loszureißen, hervorgehe. Im zweiten Artikel greift Coppola Bolincars Behauptung an, Italien habe der Ruhrbesetzung zugestimmt. Vielmehr sei Italien nur für Wirtschaftspänder eingetreten, wogegen Frankreich unter Verletzung des Vertrages auch außerhalb des Rahmens von Versailles Garantien suchte, welche das europäische Gleichgewicht und die Interessen anderer Mächte schädigten, was letztere, insbesondere Italien, nicht zugeben könnten. Dieses sei besonders auch über die französischen Pläne in Dalmatien klug, aus denen die Politik Italiens die notwendigen Folgerungen ziehen müsse.

**Frankreich.** Zur belgischen Reparationsnote an Frankreich. Der Quai d'Orsay läßt noch nichts über den Umfang und den genauen Inhalt der belgischen Note verlauten, doch wird angegeben, daß man bei der Zusammenkunft der Premierminister auf diese Note hin sich mit ihm bis in die kleinsten Einzelheiten beschäftigt wird. Die französische Regierung wünscht ebenso sehr, wie die belgische eine gemeinsame mit den beiden anderen Verbündeten vorzunehmende endgültige Regelung der beiden Probleme: doch will sie nicht den Anschein erwecken, so wie Belgien darauf zu dringen, daß Bolincars durch die Ruhrbesetzung mehr behindert ist, als in den französischen Zeitungen allgemein angegeben wird. Bolincars reist nach Straßburg. Ministerpräsident Bolincars begibt sich Mittwoch nach Straßburg. Dort geht er nach dem Rat in einige Tage zu bleiben. Er habe deshalb den belgischen Botschafter in Paris gebeten, dem Ministerpräsidenten Theunis mitzutellen, daß zu seinem größten Bedauern die belgisch-französischen Verhandlungen nicht vor der nächsten Woche stattfinden könnten. Da in diesem Augenblicke die beiden Kammern sich mit dem Vitzthumgesetz beschäftigen, einer Debatte, der sich Ministerpräsident Theunis am nächsten Montag widmen werde, glaubt er, daß

die französisch-belgische Unterredung infolgedessen bis Mitte Juni aufgeschoben werden müsse. Der Kriegsminister war zu Ruhrfrage. In einer Rede vor ehemaligen Kriegsteilnehmern in Colons-lur-Marne erklärte Kriegsminister Maginot zur Ruhrfrage: Der Druck, den wir durch die im neubefestigten Gebiet getroffenen Maßnahmen wirtschaftlicher Art auf Deutschland ausüben, wird erst aufhören, wenn Deutschland seinen Widerstand eingestekt und uns von den notwendigen Garantien begleitete annehmbare Vorschläge gemacht hat. Aber aufhören, einen Druck auszuüben, bedeutet nicht, daß wir aufhören, das Ruhrgebiet besetzt zu halten. Druck und Besetzung sind zwei sehr verschiedene Dinge. Das Ruhrgebiet werden wir, wie dies die französische und belgische Regierung in Brüssel erklärten, nur gegen geleistete Ablösungen und nach Maßgabe der uns geleisteten Zahlungen räumen.

**England.** In den kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet schreibt der „Observer“, die Franzosen spielten mit dem Feuer. Das Blatt fragt, mit welchem Gesichtsmaß das industrielle Belgien auf den mit französischer Erlaubnis im Laufe seines Nachbarn entfalteten kommunistischen Brand blicke. Die belgische Regierung würde sicher froh sein, unter gewissen Bedingungen die Ruhrbesetzung beendet zu sehen. Ohne Großbritannien und Italien sei keine Lösung möglich. — „Daily News“ schreibt, welcher Eindruck werde wohl nach Ansicht der französischen Regierung auf die öffentliche Meinung der Welt hervorgerufen werden, wenn die Welt zu der Ueberzeugung käme, daß Frankreich seine Ruhrbesetzung dazu benutzte, um eine anarchistische Revolution im Gebiete seines bisherigen Feindes zu ermutigen und zu fördern?

**Salvator Führer der Konservativen Partei.** Salvator wurde zum Führer der Konservativen Partei gewählt.

### Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

Lausanne, 28. Mai. Die mit großer Spannung erwartete heutige Sitzung des Finanzkomitees beschäftigte den wenig überraschenden Eindruck, den die verschiedenen Schritte am Sonntag hervorgerufen hatten. Auf der Tagesordnung stand Artikel 57 und 58 des Vertragsentwurfes, d. h. die Frage der alliert-türkischen und die Frage der griechisch-türkischen Reparationen. Bei der Besprechung der griechisch-türkischen Reparationen wurde zwar das Ergebnis der Samstagsabstimmung neu diskutiert, aber es zeigte sich sofort erhebliche Gegensätze in der Beurteilung der Beschlüsse. Zunächst wollten die Türken zu den am Samstag aufgestellten vier Punkten über das griechisch-türkische Abkommen einen fünften Punkt hinzufügen, der ausdrücklich festsetzt, daß Griechenland die von seinen Truppen zu ungunsten der ottomanischen Gesellschaften mit aliiertem Kapital angerichteten Schäden wieder auszumachen habe. Die Griechen erkannten die bereits früher angenommene Verpflichtung an, lehteten es aber ab, durch Ausnahme dieses Punktes durch das Abkommen vor der öffentlichen Meinung den Anschein zu erwecken, daß sie einen neuen Rückzug angetreten hätten. Die Türken gaben hier in der Form nach, erhoben dann aber eine andere viel weitergehende Forderung, die tief in das am Samstag getroffene Abkommen eingreife. Sie erklärten nämlich, daß der türkische Verzicht auf die griechischen Reparationsabläufe nicht einen Verzicht auf die Einlösung der viele Millionen betragenden Requisitionsscheine einschleife, die von den Griechen während des Krieges ausgegeben worden wären. Wenigstens lehnte, unterstützt von den Alliierten, diese Auslegung der Samstagsbeschlüsse nachdrücklich ab. Da die Türken auf ihrem Standpunkt beharrten, mußte diese Frage den Sachverständigen übergeben werden.

### Die Ausgewiesenen von Rhein und Ruhr zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Die Ausgewiesenen von Rhein und Ruhr haben sich in Kassel zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Gemeinschaft vertritt ohne Unterschied von Beruf, Partei und Konfession die wirtschaftlichen Interessen idemlicher Ausgewiesenen. Ihr Wirkungsbereich wird, ausgehend von der Jurisdiktion für die in Kassel und Umgebung selbst weilenden Flüchtlinge, sich über das gesamte Reich in weitem Ausmaß erstrecken. Besondere Kommissionen werden sich mit der Frage der Entschädigung, der Verrechnung der Vorschüsse einerseits und der Unterbringung der Flüchtlinge andererseits beschäftigen und durch Verhandlungen bei den Behörden auf eine schnelle und gleichmäßige Regelung in sämtlichen Bezirken hinarbeiten suchen. Zur Erreichung ihrer Zwecke bedarf die Gemeinschaft nicht nur der Unterstützung sämtlicher Ausgewiesener selbst, sondern insbesondere im Kampf gegen Wohnungsnot und der Hilfe aller Kreise, die genügend Erkenntnis dafür besitzen, daß die wirtschaftliche und soziale Vertretung der Ausgewiesenen die hauptsächlichste Voraussetzung für den weiteren Widerstand im besetzten Gebiet bildet. — Aufschreiben an die Gemeinschaft sind unter Schließfach Kassel 159 einzulenden.

### Protest der deutschen Regierung gegen die erfolgte Hinrichtung Schlageters.

Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: Die französische Regierung hat den Kaufmann Schlageter, gegen den ein französisches Kriegsgericht in Düsseldorf auf Todesstrafe erkannt hat, am 26. Mai erschossen lassen. Der Tatbestand, der dem Urteil zugrunde liegt, ist der deutschen Regierung nur aus Presseberichten bekannt und kann von ihr nicht nachgeprüft werden. Gleichviel wie es sich damit verhalten mag, muß festgestellt werden, daß das Verfahren gegen Schlageter ebensowenig wie das Verfahren französischer Kriegsgerichte gegen andere Deutsche als Rechtsverfahren angesehen werden kann. Die französischen Kriegsgerichte haben kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hatte gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgefühl, so doch aus Gründen der Menschlichkeit und um eine weitere Verschärfung der Lage zu vermeiden, bewegen lassen würde, von einer Vollstreckung des Urteils Abstand zu nehmen. In diesem Sinne sind sofort nach Bekanntwerden des Urteils dringende Vorstellungen bei ihr erhoben worden. Die französische Regierung hat ihnen kein Gehör gegeben, sich vielmehr entschlossen, den Zwang gegen die Bevölkerung bis zum äußersten zu treiben und mit der Erschießung Schlageters einen Schritt zu tun, der nicht wieder gut gemacht werden kann. Die deutsche Regierung protestiert feierlich gegen diesen Mißbrauch der Gewalt, für den die französische Regierung die Verantwortung trägt.

### Gescheiterte Einigungsverhandlungen in Thüringen.

Wie die sozialistische „Ostthüringische Tribune“ mitteilt, sind die in Weimar zwischen USPD und SPD geführten Verhandlungen über die künftige Politik der sozialistischen Regierung Thüringens am Freitag an den völlig unannehmbaren Gegenvorschlägen der Kommunisten gescheitert. Die Verhandlungskommission der USPD veröffentlichte eine Erklärung, in der sie folgenden Eindruck über die Ver-

handlungen festhielt: Die überreichten Vorschläge, in Verbindung mit einer abweichenden Erklärung, verlangen von uns die völlige Selbstauflösung unserer Partei, das politische Unbefähigt und unmöglich ist. Wir setzen voraus, daß den Vertretern der SPD, diese Unmöglichkeit auch bewußt ist. Wir stellen deshalb fest, daß die SPD nicht den ersten Schritt gemacht hat, mit uns zu einer Verständigung zu kommen. Die Forderung der Kommunisten lautet: Gemeinsamer schrittweiser Kampf gegen die Koalitionspolitik in Reich und in den Ländern, Bildung eines Blocks der Länder mit Arbeitermehrheiten, gemeinsamer Kampf für den Rücktritt der Regierung Cuno, Auflösung des Reichstages, Mobilisierung der Massen unter der Parole „Für die Arbeiterregierung, für die Auflösung der Reparationsverträge durch Erlassung der Sachverhalte, gegen den Versailles Vertrag, für die Räumung Rheinlands und Westfalens! Schärfer gemeinsamer Kampf gegen die Koalitionspolitik in der USPD, und gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsräten Mobilisierung der Massen zum Kampf um eine Arbeiterregierung im Reich“. Die thüringische Sozialdemokratie hat nun endlich eingesehen, daß eine gemeinsame Arbeit mit den Kommunisten unmöglich ist.

### Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 20. Mai 1923.

Der Kartoffelpreis. Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 28. Mai einen Grenzpreis von 4400 bis 4800 Mark für weiße, rote und gelbbraune Sorten notiert.

Deinatschuvorträge. Der Abend im Heimatschule morgen Mittwoch wird ganz tollisch werden. Hofrat Professor Wegler, der bekannte Führer der Sächsischen Heimatschule-Bewegung, spricht über „Marionetten, Schatten- und Kasperl-Theater“. Unter Leitung des hiesigen Lehrers Ebeling werden die Wandervogelgruppe und Kinder von Riesa Schattenspiele vorführen und der bekannte Puppenkünstler Gausage wird ein echtes Kasperl-Theaterstück zum Besten geben. Karten zu diesem Vortrag sind noch an der Abendkasse erhältlich.

Der Wohltätigkeitsverein Sächsische Pechschule hält am 2. und 3. Juni seine 99. Landeshauptversammlung in Freiberg ab. In Verbindung mit dieser feiert der Verein Freiberg sein 40jähriges Bestehen. Am Sonnabend wird eine öffentliche Feyer im „Schwarzen Hof“ abgehalten. Die Feyer hält Superintendent Dr. Lehmann; weiter wirken Konzertfängerin Frau Martha Franke, sowie der Gesangverein Veritas, der Turnverein Freiberg und Regisseur Böttger vom Stadttheater mit.

Kontrolle der Lebensmittelläden und Preisprüfungsstelle. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt uns: Das Wirtschaftsministerium macht darauf aufmerksam, daß Groß- und Kleinhandlaren, die den Beauftragten der Landespreisprüfungsstelle oder der örtlichen und Bezirkspreisprüfungsstellen nicht jede verlangte Auskunft über Herkunft und Erzeugungsort über von ihnen in den Handel gebrachte Lebensmittel oder Waren des täglichen Bedarfs bereitwillig geben, die Erlaubnis zum Verkauf wegen Unzuverlässigkeit sofort entzogen werden wird. Das gleiche wird geschehen, wenn Beauftragte der Preisprüfungsstellen unzufrieden oder gar ungebührlich von Händlern oder deren Verkäufern behandelt werden. Die Preisprüfungsstellen werden angewiesen, in solchen Fällen das sofort der zuständigen Behörde zu melden. Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt rückwärtslos gegen diejenigen Händler und Verkäufer vorzugehen, die in dieser Zeit der Not sich nicht willig den im öffentlichen Verbrauchereinteresse liegenden Anordnungen fügen. Das Wirtschaftsministerium erwartet aber auch, daß gegen Händler und Geschäftsinhaber nicht in unbesonnener und ungebührlicher Weise verfahren wird.

Tagung der sächsischen Hausbesitzer. Am Sonnabend und Sonntag fand in Weissen die Tagung der sächsischen Hausbesitzer statt. Baumwäcker Schumacher, Dresden sprach über das durch den Reichstag angenommene Mietrechtsgesetz und seine Entstehung. Baurat Kiermann, Leipzig und Baumwäcker Großmann, Dresden verbreiteten sich über die Durchführung des Reichsmietengesetzes in Sachsen. Angenommen wurde folgende Entschlußfassung: 1. Die 9500 organisierten sächsischen Hausbesitzer beharren in ihrem Widerstande gegen die Einführung des Mietrechtsgesetzes und werden sich auch den stärksten Anstrengungen des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine anschließen. 2. Die bisherige Durchführung des Reichsmietengesetzes widerspricht dem Zweck des Gesetzes, weil die Gemeindebehörden die Zuschläge zur Grundmiete nicht nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen festgesetzt haben. Die sächsischen Hausbesitzer erwarten und fordern, daß die sächsische Landesregierung geeignete Abhilfe trifft und die Einhaltung des § 8 des Reichsmietengesetzes durch die Gemeinden sicherstellt. Wird dieser Zustand nicht gewährt, so lehnen die sächsischen Haus- und Grundbesitzer alle Anordnungen, soweit sie nicht durch die Mieten gedeckt sind, an alle öffentlichen Stellen einmütig ab. Sie fordern, daß alle Unterhaltungsarbeiten auf laufende Beträge genommen und nur ausnahmsweise solche als große Instandsetzungen bezeichnet werden, die das Gesetz zwingend vorschreibt. Sie lehnen die Aufnahme von Hypotheken für große Instandsetzungen ab, wenn sie nicht kurzfristig getilgt werden und für die Besitzer in bestimmter Frist verschwinden oder dem Friedenswerte angepasst werden. 3. Bei der fortschreitenden Verteuerung der Baukosten fordern die Hausbesitzer Sachsen von der Regierung und Brandversicherungs-Kammer unbedingt sofortige Anpassung der Schadenregulierung an die wirklichen Baukosten. 4. Die Hausbesitzer Sachsen fordern von der Reichs- und Landesregierung, daß unverzüglich mit der Vorbereitung zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft begonnen werde, damit die freie Wirtschaft hemmungslos wieder einleiten kann. Sie fordern dies umso mehr, als damit das Wohnungsdefizit, die Arbeitslosigkeit und die Rotverkäufe an das Ausland beseitigt werden.

Staatshilfe für notleidende Gemeinden. Die Regierung hat dem Landtage eine Vorlage zu machen lassen, die die Bereitstellung weiterer Mittel zur Kreditbeschaffung für notleidende Gemeinden betrifft. Der Landtag hat diesen Vorschlag am 20. Mai 1923 bewilligte Kredit von 100 Millionen Mark, der dazu dienen sollte, notleidenden Gemeinden die Aufnahme von Darlehen durch Uebernahme der Gewähr des Staates für Verzinsung und Tilgung zu ermöglichen, ist voll in Anspruch genommen, Da die Gemeinden bei ihrer sich ständig verschlechternden Finanzlage mehr als zuvor auf Staatshilfe bei der Aufnahme von Darlehen angewiesen sind, bietet die Regierung dem Landtag, diesen Kredit auf 1000 Millionen Mark zu erhöhen.

Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft. Die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft hielt am Sonnabend im Gewerbehause in Dresden ihre erste koloniale Tagung in Gestalt einer Festkammer mit wissenschaftlichen Vorträgen ab. Die Begrüßungsansprache hielt Gouverneur a. D. Seig. Stadtrat Dr. Kemper begrüßte die Teilnehmer im Auftrage der Stadt Dresden. Ministerialdirektor Meyer-Gerhard von der Kolonialen Zentralverwaltung gab unter großem Beifall der Festkammer den Inhalt der Tagung wieder auf eigener kolonialer Erde festzuhalten. Generalmajor Maarder hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft. Landtagsabgeordneter Dr. Schreiber beleuchtete den gegenwärtigen Stand des deutschen Kolonialhandels und den künftigen Handelshilfs-



Schließlich sprach Gouverneur a. D. Dr. Dahl über die augenblickliche Lage in den deutschen Kolonien und wies darauf hin, daß alle ehemaligen deutschen Kolonien wirtschaftlich und kulturell einen ungeheuren Rückschlag erlitten haben. Sehr stimmungsvoll verließ der Redner im Gewandhaus, bei welchem General Weier die Bekanntschaft hielt. — Gleichfalls sprach der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft. Am Sonntag mittig fand am Kolonialkriegdenkmal auf dem Sophienplatz eine Feier zu Ehren der ruhmvoll gefallenen sächsischen Kolonialkrieger im Weltkrieg statt, bei welcher Pfarrer Dr. Blandmeiser die Weiherede hielt.

**Kameradschaftliche Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Reg.-Inf.-Regt. Nr. 102.** Im Tunneltreffant des Gesellschaftshauses in Großenhain versammelte sich am 26. d. M. eine Anzahl Herren, um den Zusammenschluß aller im Bezirk wohnhaften ehemaligen Kameraden des genannten Regiments, dessen 1. Bataillon bei Ausbruch des Weltkrieges in Großenhain aufgestellt wurde, herbeizuführen. Mit der Gründung der Vereinigung wird ein bereits seit Jahren bestehender vielseitiger Wunsch verwirklicht, der auch dadurch zum Ausdruck kam, daß von den erschienenen Kameraden 20000 Mark zu dem Gründungsfonds gestiftet wurden. 55 Kameraden sind bereits der Vereinigung beigetreten. Als Vorsitzender wurde Korrespondent Kurt Pajold, Kleinratschub, gewählt.

**„Diplomandwirt“ und „Akademisch geprüfter Landwirt.“** Das Kultusministerium gibt in der Staatszeitung bekannt, daß nach der neuen am 16. April 1928 in Kraft getretenen Ordnung für die Prüfungen in der Landwirtschaft und verwandten Fächern an der Universität Leipzig denjenigen Landwirten, die die Diplomprüfung bestanden haben, der akademische Grad „Diplomandwirt“ und den Landwirten, welche die Prüfung für praktische Landwirte bestanden haben, der Grad „Akademisch geprüfter Landwirt“ verliehen wird. Solchen Landwirten, die schon früher die obigen Prüfungen abgelegt haben, kann nachträglich die Berechtigung zur Führung dieser Bezeichnungen zuerkannt werden. Anträge sind unter Einreichung einer Gebühr von 1000 Mark an die Prüfungskommission für Landwirte in Leipzig, Goethestraße 6, zu richten. Unberechtigte Führung der beiden Grade ist nach § 300 Nr. 3 des Strafgesetzbuches strafbar.

**Schulfreiheit für katholische Kinder.** Das sächsische Kultusministerium hat sich auf Vorstellungen der katholischen Elternschaft dahin ausgesprochen, daß ein Antrag, für katholische Schüler, deren Eltern die Befreiung vom Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen ausdrücklich wünschen, einseitlich von der Vertretung der Eltern beim Schulleiter gestellt wird und daß die Unterrichtsbehörde, auch wenn nicht die Absicht besteht, den Gottesdienst zu besuchen, möglichst weitestgehend auszuüben ist.

**Deutsche Evangelische Missionshilfe.** Am 25. Mai tagte in Dresden im Zusammenhang mit der Kolonialtagung der Verwaltungsrat der Deutschen Evangelischen Missionshilfe, geleitet vom Staatssekretär a. D. Dr. von Lindquist, Eberswalde. Nach einem Eingangswort von Hofprediger Pie. Dr. Siebel, Dresden, erhaltete der Direktor der Missionshilfe D. B. Schreiber, Berlin, den Geschäftsbericht. Die Missionshilfe bringe schon durch die Abhaltung der Tagung im Zusammenhang mit der Kolonialtagung ihre lebhaften Beziehungen zu den Kolonialkreisen zum Ausdruck. Ihr Hauptziel seit ihrer Gründung im Jahre 1913 sei, die allgemeine Kenntnis der Mission zu wecken, zu pflegen und zu vertiefen. In seinem Hauptvortrag über „Deutsche evangelische Mission und deutsche Kultur“ hob Prof. Dr. Wehmann, Berlin, die großen Verdienste der Mission um die Ausbreitung deutscher Kultur und deutscher Art in der Welt hervor. Aber die deutsche Kultur in ihren führenden Vertretern sei noch weit davon entfernt, dementsprechend die Deutsche Mission einzuschätzen und zu behandeln. Die herrschende Stellungnahme sei Ablehnung oder Gleichgültigkeit. Das hänge mit dem ausgeprägten religiösen Charakter der Mission zusammen. Diese dürfe aber trotzdem, gerade auch im Interesse ihrer Kulturwirkungen, keineswegs diese ihre Eigenart aufgeben. Ein gegenseitiges Verständnis zwischen den deutschen Kulturinteressen und der Mission zu schaffen, müsse die künftige Aufgabe sein. In bedeutungsvollen Ausführungen betonte Bischof D. Dennis-Herrnhut in seinem Schlusswort die Eigenart des deutschen Faktors im protestantischen Missionswerk.

**Sächsischer Kunstgewerbe tag.** Sonnabend vormittag trat in Dresden der Erste Sächsische Kunstgewerbe tag im Rühlischen Saale der Akademie für Kunstgewerbe zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Prof. Groß begrüßte die Erschienenen, besonders die Vertreter der Behörden, der Kirche und des Kunstgewerbes, und sprach die Hoffnung aus, daß es trotz der Not der jetzigen Zeit der Kunst und dem Kunstgewerbe gelingen werde, sich wieder zur alten Blüte emporzurichten. Namens der Staatsregierung wünschte in Vertretung des verhinderten Ministerpräsidenten Ministerialdirektor Dr. Alten vom Wirtschaftsministerium der Tagung besten Erfolg. Ein Vertreter der Reichsregierung überbrachte die Grüße des Reichskunstwart, während Oberbürgermeister Blüher die Tagung namens der Stadt Dresden in herzlichen Worten begrüßte. Der Landesbischof Dr. Jhmels wies auf die jahrhundertalten Beziehungen zwischen Kunst und Kirche hin. Sodann sprach Prof. Dr. Heinrich Wasmuth aus Halle über das Thema „Die angewandte Kunst im Sinne kapitalistischer Verkehrswirtschaft“. Weiter standen Vorträge über die Lehrlingsverziehung in Handwerk und Industrie auf der Tagesordnung. Im Anschluß daran fand eine Besichtigung der Ausstellung gewerblicher Schulen in der Akademie für Kunstgewerbe statt.

**Großenhain.** Bei der am Sonntag hier stattgefundenen Elternratswahl für die Volksschule erhielten die christlichen Elternvertreter die Mehrheit. Der Elternrat der Volksschule setzt sich künftig aus 10 Vertretern der christlichen Schule und 5 Vertretern der weltlichen Schule zusammen.

**Dresden.** Durch Einbruch haben Diebe in der Nacht zum 26. Mai aus einem Geschäft in der Nähe der Großenhainstraße etwa 3½ Zentner Cocosfett Marke „Tabu“ in auffällig geschnittenen Bündelungen geklaut. — Gewarnt wird vor einem unbekanntem Betrüger, der schon seit längerer Zeit Geschäftsleute und auch andere Personen dadurch schädigt, daß er durch Abgabe eines Paketes, das angeblich von einer anderen Person gegen Bezahlung abgeholt werden soll, verlagsweise einen Geldbetrag zu erlangen sucht. Das Paket enthält nur wertlose Sachen.

**Sitzau.** Das Fest der diamantenen Hochzeit feierte der Einwohner von Spitzkunnersdorf Ernst Neumann mit seiner Ehefrau geb. Bauer. Die beiden Alten sind noch rüstig und gesund.

**Dietrich.** Ein Einbruchdiebstahl wurde in dem bekannten Auskunftslokal „Rosterschenke“ in Marienhal ausgeführt. Während sich die Wirtsleute noch in der Schlafstube befanden, wurde im oberen Stockwerk eingebrochen. Der Dieb hat sich an einem Bettuch herabgelassen. Es fielen ihm außer Wäsche einige Millionen Mark bares Geld in die Hände.

**Niederfrohna.** In der Nacht zum Sonntag hat sich der 24jährige Schlosser und Inkassationsgeschäftsleiter Hans Lindner und seine 14½ Jahre alte Geliebte Fanny Welter in dem Jahnsdorfer Wald erschossen. Das Liebespaar hatte noch am Sonnabend an einem Vergnügen des Turnvereins teilgenommen und daselbst um 11 Uhr verlassen. Am Sonntag nachmittag fand der Förster von Jahnsdorf die beiden tot auf. Die Mutter des noch leibendlichen Mädchens hat sich selbstmörderisch das Leben

verhüllt nicht dulden wollen. Beide entschlossen sich infolgedessen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Doch auch das unerfahrene Mädchen mit diesem Entschluß einverstanden war, geht aus verschiedenen Neuierungen, die es getan, hervor. Ob noch besondere Beweismittel für den vermeintlichen Schritt der Beiden in Frage kommen, steht bis jetzt nicht fest.

**Lausitz.** Am Sonntag trafen 108 Ruheständler, die einen recht erheblichen Betrag in den Tod zu geben, in Bad Lausitz ein, wo sie im Verbleibem-Estif des Leipziger Vereins für Innere Mission Aufnahme fanden.

**Leipzig.** Die bei einem Raubmordmordhandel vom Finanzamt Leipzig-Süd (II.) vorgenommene Durchsicht hat zur Einleitung des Strafverfahrens wegen Dinterziehung der Einkommenssteuer und Umsatzsteuer geführt, wobei eine Gesamtstrafe von 5904228 M. festgesetzt worden ist.

## Jun-Neubestellungen

auf das werktätig erscheinende Meißner Tageblatt werden von den Postämtern und Zeitungsausdrägern sowie zur Vermittlung an diese von der Tagesblatt-Geschäftsstelle in Meißen, Goethestraße 59 (Fernsprecher 20) leiberszeit entgegengenommen.

Seingebühren für Juni durch Zeitungshoten frei Haus 10.000.—

### Nichtamtlicher

## Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröba am 28. Mai 1928, abends 7 Uhr, im Sitzungssaale der Zentralschule.

Vom Kollegium fehlten Frau Berger, sowie die Herren Förster I., Meißner und Urbach. Der Zuhörerraum war schwach besetzt. Der Sitzung, die von Herrn Gemeindevorstand Hans geleitet wurde, wohnte auch Herr Gemeindevorstand Schmidt bei.

1. Der Elektrizitätsverband Gröba beabsichtigt, zwei Wohnhäuser Neubauten mit je vier Wohnungen zu errichten. Für den am Elbweg, gegenüber dem alten Rittergut, zu errichtenden Neubau sind Baubedingungen nicht zu stellen. Die vom Bauauschuss gestellten Baubedingungen für das an der Schlossstraße zu errichtende Hausgrundstück sind vom C. V. Gröba anerkannt worden. Das Kollegium nahm von den Bauvorhaben Kenntnis.

2. Der Ritterguts- und der Wohnungsansicht haben beschlossen, in den Gebäuden des Ritterguts Merzdorf durch Umbau eine neue Wohnung zu errichten zu lassen, die durch Mitverwendung der bisher vom Verwalter und einem Scholar bewohnten Zimmer hergerichtet werden soll. Von dem anfänglich geplanten Umbau des sog. roten und blauen Saales im Herrenhause ist, da diese Räume zur Aufbewahrung von Sämereien und Obst dienen, Abstand genommen worden. Mit der Herstellung der Wohnung sollen gleichzeitig einige Schuppen mit Hochfeiler errichtet werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 7570000 M. Das Kollegium erklärte sich mit dem Bau einverstanden und genehmigte die erforderlichen Mittel, die vorläufig dem Rittergutskonto zugeschrieben werden. Der Herr Gemeindevorstand erklärte hierzu, daß dem Bezirk Großenhain 200 Millionen Mark Baukostenzuschüsse zugewiesen seien, die vornehmlich zu Wohnungsbau und -einbauten Verwendung finden sollen. Von dieser Summe sei auch ein Betrag für obigen Wohnungsbau mit vorgelesen.

3. Erhebung von Sonderzuschlägen zur Wohnungsbauabgabe. Zur Beratung steht der im Entwurfe vorliegende 18. Nachtrag zur Gemeindefteuerordnung. Darnach sollen auf Grund einer reichsrechtlichen Verfügung, welche die Förderung des Wohnungsbaues betrifft, im Gebiete der Gemeinde Gröba folgende Sonderzuschläge zur reichsrechtlichen Wohnungsbauabgabe erhoben werden: 1. für solche Räume, welche Wohnzwecken dienen, 1000 v. H., 2. für andere (gewerbliche) Räume 2000 v. H. des Nutzungswertes, ferner zur Bildung eines Ausgleichsstocks für große Instandsetzungsarbeiten 3000 v. H. des Nutzungswertes. Der errechnete Betrag würde sich für Gröba auf insgesamt 22 Millionen Mark belaufen. Die Erhebung vorgenannter Sonderzuschläge sollte es den Gemeinden ermöglichen, den Wohnungsbau nachdrücklicher zu fördern. Der Berichterstatter, Herr Pannig, wünschte Aufschluß, wie die Mittel des Ausgleichsstocks verwendet werden sollten. Herr Schüller erklärte, daß er und seine Freunde der Bildung eines Ausgleichsstocks zunächst nicht zustimmen könnten. Erst müsse in dieser Frage Klar gegeben werden können. Redner ist der Meinung, daß man mit der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsbau auf fallendem Wege sei. Der Wohnungsnot werde durch diese Maßnahmen nicht abgeholfen werden können. Nur durch Lockerung der Zwangswirtschaft könne es geholfen werden. An einer Reihe von Zahlen veranschaulichte Herr Schüller seine Ausführungen zu bekräftigen. Herr Welt brachte zum Ausdruck, daß die Verfügung Reichsgebot sei und daß eine grundsätzliche Annahme erfolgen müsse. Es dürften die Mittel, die der Gemeinde zur Vinderung der Wohnungsnot an Hand gegeben würden, nicht zurückgewiesen werden. Auch Herr Führer erklärte, daß es wohl nicht angängig sein werde, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aufzuheben. Herr Schüller meinte, ein allmählicher Abbau müsse angestrebt werden. Nach weiterem Hin- und Her teilte Herr Gemeindevorstand mit, daß die Vorlage heute in erster Lesung genehmigt werden möchte, da das Gesetz bis 1. Juni einereicht werden müsse und abseits auch bei Nichtannahme eine Verdrängung bei Verteilung von Bauzuschüssen aussichtslos sei. In getrennt vorgenommener Abstimmung wurden die unter 1. und 2. genannten Sonderzuschläge zur Wohnungsbauabgabe einstimmig, die Bildung eines Ausgleichsstocks für große Instandsetzungsarbeiten gegen 4 Stimmen genehmigt.

4. Die Tätigkeit der Mitglieder für den Reichs-einkommenssteuer-Ausschuss ist mit dem 30. Juni 1928 abgelaufen. Für die nächsten drei Jahre wurden folgende Herren gewählt: Gartenblüher, Gem.-Welt, Schmidt, Wendt, Wetz, und als deren Stellvertreter die Herren: Kraupe, Behrer Fischer, Jänemann und Urbach. Der Ausschuss wird durch zwei vom Bezirksausschuss zu wählende Vertreter ergänzt.

5. Die vom Gemeinderat seinerzeit beschlossene Festsetzung der Zeichenfrangebühren hat die Genehmigung des Bezirksausschusses nicht gefunden. Auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses wurde heute beschlossen, sich mit dem Bescheide des Bezirksausschusses nicht anerkennen zu lassen, sondern die Gebühren dem Landesamt

Gemeindefteueramt gleichzustellen und für Versorgen der Zeichen eines Erwaachsenen 8 Stunden, bei Kindern von 2-14 Jahren Kindern 1/2, und bei Kindern von Kindern bis zu 2 Jahren 1/4, der Berechnung zu Grunde zu legen. Eventuell soll die Kreisbauverwaltung zur Befürwortung herangezogen werden. Auf eine noch weitergehende Eingabe des Bundes Sächsischer Heimfürsorgelassen soll dem Sächsischen Gemeindefteueramt empfohlen werden, die Gebühren im ganzen Lande einheitlich zu regeln.

6. Verschiedenes. In der Gemeinderatsitzung am 28. April war bekanntlich beschlossen worden, werds weiterer beruflicher Betätigung der Hebamme Frau Richter ein bezirksärztliches Gutachten einzuholen. Der Herr Bezirksarzt hat nunmehr bekräftigt, daß in gesundheitlicher Hinsicht irgendwelche Gefahr nicht besteht. Auch Herr Dr. Holey, Gröba, hat festgestellt, daß keine Bedenken gegen Ausübung des Amtes durch Frau Richter vorliegen. — Der Gemeinderat nahm ferner Kenntnis von einem Bescheid der Amtshauptmannschaft, nach dem die Gemeinde Weiba die Öffentlichkeit eines ausbesserungsbedürftigen Teiles der Weibaer Straße in Neu-Weiba verneint hat. Die Amtshauptmannschaft fordert weitere Beweise der Öffentlichkeit des Weges. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen zu lassen. — Ein von der Rittergutsklasse im Jahre 1919 bei der Sparkasse Radewitz aufgenommenes Darlehen von 350000 M. soll abgestoßen werden. — Eine Anfrage des Herrn Freudenberg, wie es komme, daß bei dem gegenwärtigen geringen Stromverbrauch unproportional hohe Stromgebühren eingezogen würden, wurde dahingehend beantwortet, daß für die Stromberechnung der Verbrauch des Vorjahres zu Grunde gelegt werde. Der Betrag sei als Baukosten anzusehen. Die genaue Berechnung erfolge am Schlusse des Jahres. — Herr Matthäus teilte mit, daß er von verschiedenen Milchabnehmern angegangen worden sei, gewisse Milchstände bei der Milchabgabe zur Sprache zu bringen. Beispielsweise erfolge im Milchgeschäft des Herrn Dege die tägliche Milchausgabe oftmals teilweise erst in den späteren Vormittagstunden. Diese Angelegenheit wurde dahin aufgeklärt, daß Herr Dege sich genötigt sehe, den Volken Milch, der ihm durch die Volkseigenenschaft Meisa zugeteilt wird, durch ein gelegentliches Milchdrehwerk abzugeben zu lassen, wozu eine frühere Ausgabe nicht möglich sei. Es wurde ferner angeregt, die Gemeindeverwaltung möge die Abgabe der Milch in den einschlägigen Geschäften beobachten. Die gelegentliche Verletzung mit Milch dürfe nicht von Rückschlüssen abhängig sein. Der Herr Gemeindevorstand stellte die Regelung der Angelegenheit in Aussicht. — Genehmigung fand der 17. Nachtrag zur Gemeindefteuerordnung, welcher bestimmt, daß die Sondersteuer von Wanderlagerbetrieben in mit der Wohnabgabe erhoben wird, daß die Steuer mindestens dem jährlichen Betrag der staatlichen Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen gleichkommen muß und höchstens 20000 M. wöchentlich über in den Fällen, wo sie für den Tag erhoben wird, täglich betragen darf. — Nachdem noch einige Mängel an verschiedenen Straßen besprochen worden waren, deren Beilegung erfolgen soll, erreichte die öffentliche Sitzung gegen 9 Uhr ihr Ende.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 29. Mai 1928.

**Einführung der litauischen Währung in Memel.** Memel. Wie das Memeler Dampfboot erfährt, hat das Landesdirektorium beschlossen, daß im Memeler Gebiet vom 10. Juni ab nur noch der Lit als alleiniges Zahlungsmittel zu gelten hat. Vom gleichen Tage an wird die deutsche Reichsmark im Memeler Gebiet außer Kurs gesetzt.

**Der Generalsekretär des Völkerverbundes in Danzig.** Danzig. Der Generalsekretär des Völkerverbundes, Sir Eric Drummond, wird am 7. Juni zu einem kurzen Besuch in Danzig eintreffen.

**Danziger Volkstagsabgeordnete in polnischen Staatsdiensten.**

Danzig. Zum Chefart der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig ist der Volkstagsabgeordnete Dr. Banek ernannt worden. Damit ist ein weiteres Mitglied der polnischen Fraktion des Danziger Volkstages in polnische Staatsdienste getreten.

**Der kommunistische Terror im Ruhrgebiete.**

Gelsenkirchen. In ihrer Mitte etwa 47 Mann, die von den Aufzählern auf Schacht 3-4 der Zeche Konsolidation herausgeholt worden waren, bis zu den Wägen. Dort hielt einer der Führer der Kommunisten eine Ansprache, in der er die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden darlegte. Darauf wurden die Geangenen mit der Warnung wieder freigelassen, nicht wieder in die Hefen zurückzuführen, sonst würden sie rücksichtslos erschossen. Dann bildeten sich drei Hundertschaften, sämtlich mit Schuppen und Äxten bewaffnet, die sofort in Richtung Zeche Soloverein abzogen.

**In Bochum wieder Ruhe.**

Bochum. Der heutige Tag ist vollkommen ruhig verlaufen. Nur in den frühen Morgenstunden schossen kommunistische Patrouillen ihre Revolver in die Luft. Bochum ist zur Zeit ohne Gas. In den gewerblichen Betrieben, insbesondere aber in den Krankenhäusern, wo die vielen Verwundeten der letzten Tage, von denen mehrere dringend operationsbedürftig sind, sich befinden, macht sich die mangelnde Gasversorgung katastrophal bemerkbar.

**Fortsetzung der Ruhrdebatte in der Kammer.**

Paris. Heute nachmittag wird die Kammer zur Fortsetzung der Ruhrdebatte zusammentreten. Sie hat über die Bewilligung verschiedener provisorischer Mittel zu beschließen. Andre Tardieu wird das Wort ergreifen und man nimmt allgemein an, daß Poincaré die Gelegenheit benutzen wird, um der Kammer die Vertrauensfrage zu stellen.

**Ein neuer österreichischer Posttarif.**

Wien. Die österreichische Regierung trifft Vorbereitungen zu weiteren Handelsvertragsverhandlungen mit den Nachbarstaaten, indem sie in den nächsten Tagen dem Parlamente einen neuen autonomen Posttarif vorlegen wird. Die Tariffsätze werden sich ungefähr auf der Hälfte der Goldparität halten.

**Das neue polnische Kabinett.**

Warschau. Das neue polnische Kabinett ist gebildet. Premierminister ist Witos, Minister des Innern Gryba, Minister des Innern Pernik, Finanzminister Grabst, Sir Worthington Evans englischer Generalpostmeister.

London. Sir Worthington Evans hat das Amt des Generalpostmeisters im Kabinett Waldwin übernommen. Dieser Beschluß ist deshalb besonders bemerkenswert, weil Worthington Evans auch Minister im Kabinett Lloyd George war. Auch ist er der erste der konservativen Minister des Kabinetts Lloyd George, der jetzt in die konservative Regierung Waldwin eintritt. Bei der Annahme sagte Worthington Evans, er werde bekräftigt sein, alles zu tun, um die Einigung der Partei zu fördern; er fügte, daß es jetzt seine Pflicht sei, den Dienst zu tun, den das Land und die Partei von ihm verlangen. Im Lloyd George-Kabinett war Evans Kriegsminister. Er hat aber einen guten Ruf als finanzieller Sachverständiger. Als solcher hat er an verschiedenen internationalen Konferenzen teilgenommen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigten.



